

## Bank spendet für zwei Defibrillatoren

Die beiden Geräte, die in Notsituationen Leben retten können, haben einen Wert von 3000 Euro

**BIEBERTAL-KÖNIGSBERG** (mav). Biebertals freiwillige Feuerwehr verfügt jetzt über zwei automatische externe Defibrillatoren (AED). Möglich wurde diese Anschaffung im Wert von 3000 Euro mit Unterstützung der Volksbank Heuchelheim. Melanie Gerlach von deren Marketing-Abteilung und Bianka Kranch von der Filiale in Rodheim-Bieber überreichten die beiden Geräte im Beisein von Bürgermeisterin Patricia Ortmann (parteilos) an die Wehrführer Matthias Justus (West) und Klaus Kessler (Nord).

Geräte dienen der Sicherheit aller Biebertaler Bürger

„Wir arbeiten in der Region und wir leben in der Region – da ist es für uns selbstverständlich, dass wir uns auch für die Menschen vor Ort starkmachen“, sagte Melanie Gerlach. Auf einer Plattform



Spendenübergabe (v.l.): Klaus Kessler, Patricia Ortmann, Bianka Kranch, Melanie Gerlach, Kai Peter und Matthias Justus sowie Finn Justus von der Jugendfeuerwehr. Foto: Volker Mattern

der Volksbank können Vereine und gemeinnützige Organisationen ein Projekt anmelden und zu Spenden aufrufen.

Der Gesamtbetrag der eingegangenen Spenden wird von dem Kreditinstitut bis zu einem Maximalbetrag von 1000 Euro pro Projekt unterstützt. Die in ihrer Funktion selbsterklärenden AED erhöhen nicht nur die Sicherheit der ehrenamtlichen Einsatzkräfte, betonten Matthias Justus und Klaus Kessler. Sie wiesen auch auf die Bedeutung für die Sicherheit aller Biebertaler Bürger hin.

Bei Einsätzen und Sicherheitsdiensten könnten die Defibrillatoren im Notfall bei der Herzwiederbelebung verwendet werden. Sie sind Bestandteil der feuerwehrtechnischen Ausstattung auf den Einsatzfahrzeugen. Die Bürgermeisterin danke der Bank für die Spenden und würdigte das Engagement der Einsatzkräfte.

## Perspektiven für Arbeitssuchende

Lahnau und Lahn-Dill-Kreis starten neues Regionalprojekt, um Bürgergeldempfänger in Lohn und Brot zu bringen

**LAHNAU** (red). Die eigenen Stärken kennenlernen, in der Gruppe arbeiten und Bewerbungsgespräche führen. Das und mehr erwartet die Teilnehmer des Regionalprojektes „Gemeinsam in Lahnau“, verspricht das Kommunale Jobcenter Lahn-Dill. Vorgestellt wurde es im Gemeinschaftshaus in Dorlar.

Start einer neuen Runde ist am 2. September (Montag). Interessierte Bürger, die aus der Gemeinde Lahnau kommen und Bürgergeldleistungen beziehen, können sich bis zum 23. August bei ihren Beratern im Jobcenter melden.

Nach vier Jahren Isolation wieder ein Tagesrhythmus

„Es ist uns ein besonderes Anliegen, Menschen dabei zu helfen, eine Arbeit zu finden“, sagte Lahnaus Bürgermeister Christian Walendius (SPD). Walendius hat bis zum Antritt seines Bürgermeisteramtes seit 1998 in der Bundesagentur für Arbeit und im Jobcenter Menschen dabei begleitet, einen Weg in Arbeit und Gesellschaft zu finden.

Wohnortsnah, vielschichtig und nachhaltig: Das Projektkonzept des Jobcenters habe sich bewährt. Zum siebten Mal werde es nun mit einer Partnerkommune ausgeführt, sagte Kreis-Sozialdezernent Stephan Aurand und betonte dessen Qualität: Aus dem ersten Projekt seien mittlerweile 70 Prozent der Teilnehmer in Arbeit. „Der Schlüssel zum Erfolg sind die Kontakte vor Ort, und da haben Sie sehr große



In Arbeit kommen: Das Ziel des Projekts von Jobcenter Lahn-Dill und Gemeinde Lahnau.

Foto: Pascal Reeber (Archiv)

Unterstützung durch kompetente Mitarbeiter des Jobcenters, Arbeitgeber und die Gemeinde“, ermutigte Aurand.

Und so funktioniert das Konzept: Über vier Monate hinweg treffen sich arbeitssuchende Bürger aus Lahnau im Dorlarer Gemeinschaftshaus. Zusammen mit Coaches des Jobcenters durchlaufen sie verschiedene Stationen, die sie beim Finden einer passenden Arbeitsstelle oder dem Weg dahin unterstützen.

Dabei arbeiten die Teilnehmer eng in der Gruppe zusammen und können mitgestalten,

an welchen Themen sie arbeiten möchten. Ergebnisse des Projektes können eine neue Arbeitsstelle, eine Fortbildung oder auch eine klare Vision davon sein, was sie tun möchten, sagte Georg Weidmann, Projektkoordinator beim Jobcenter Lahn-Dill.

„Das Schöne an dem Projekt ist, dass es freiwillig ist. Man hat eine Gemeinschaft durch die Gruppe und die Woche Workshop hat mich gut weitergebracht“, berichtete ein ehemaliger Teilnehmer, der seinen vollständigen Namen nicht in der Zeitung lesen

möchte. Er betonte, dass der Ausbau der sozialen Netzwerke ihm dabei geholfen habe neue berufliche Perspektiven zu entwickeln. Die Teilnehmer des vergangenen Projektes hätten eine WhatsApp-Gruppe gegründet, in der sie in ihrer Freizeit Stellenangebote miteinander geteilt und sich zu Aktivitäten verabredet haben.

„Ich stehe morgens um 7 Uhr auf und gehe zur WALI (Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis, Anm.d.Red.)“, berichtete ein weiterer Teilnehmer, der sich vor dem Projekt durch die Corona-Pan-

demie und aus gesundheitlichen Gründen komplett von der Außenwelt abgeschottet hatte. Er war anfangs dem Projekt gegenüber sehr skeptisch eingestellt gewesen.

Nun aber saß er auf der Bühne, um Interessierten von dem Projekt zu erzählen. „Die Simulation des Bewerbungsgesprächs hat mir sehr gut gefallen“, sagte er. „Ich bin über 60 Jahre und hab mich nie beworben. Ich habe meine Stellen immer über Kontakte bekommen. In dem Projekt habe ich neues Selbstbewusstsein entwickelt.“

## LESERFORUM

### RKI-Corona-Protokolle

#### Jeder kann es jetzt nachlesen

Als Dreifach-Geimpfter fühle ich mich von dieser und der vorherigen Regierung belogen und betrogen. Jeder kann es jetzt in den ungeschwärzten RKI-Leaks nachlesen. Jeder kann sie downloaden. Die Corona-Maßnahmen wie Lockdown, Schulschließungen, einrichtungsbezogene Impfpflicht (Juristen sprechen von Körperverletzung), Maskenpflicht, Abstandsregeln, 2G, 3G, Kontaktverbote in Krankenhäusern und Altenheimen, Gerichtsurteile und Job-Kündigungen gegen sogenannte Corona-Leugner, Firmen-Insolvenzen usw. basierten nicht auf wissenschaftlichen, evidenzbasierten Erkenntnissen des RKI, sie waren nicht medizinisch begründet, sondern von der Politik gewollt, vorgegeben und durchgesetzt und zwar von Anfang (03/2020) an. Und das alles im Interesse der Pharmaindustrie. Die RKI-Leaks lüften ungezählte Belege dafür. Keiner kann

sich mehr herausreden. Es gibt keinen Spielraum mehr für Lügen, Interpretationen durch die Regierungs- und RKI-Akteure. Die Medien, Lanz, Maischberger, Illner und wie sie alle heißen, hätten jetzt die Chance zur Umkehr, zu einer neutralen, auf Fakten basierten Berichterstattung (wie im Medienstaatsvertrag vorgeschrieben). Fern von Verbreitung der Regierungsmeinung. Die Aufarbeitung durch einen Corona-Untersuchungsausschuss ist sofort notwendig, damit so etwas nie wieder passiert. Begriffe wie „Querdenker“, „Corona-Leugner“, „Schwurbler“ lösen sich in Luft auf, sie sind regelrecht pulverisiert. Danke an alle kritischen Geister in und aus der Corona-Zeit. Ihr wart die wahren KlarDenker. Die Rehabilitation der Geschädigten ist notwendig. Ein Blick nach Schweden hätte gereicht, um zu erkennen, dass bei uns eine Pandemie herbeigetestet wurde. Lauterbach hat dann mal kurz die Pandemie für beendet erklärt, ohne zuvor das mit dem RKI abzustimmen?! Passt doch!

Wolfram Steinert, Solms



### Aus der Nähe sieht es wie ein Ungeheuer aus

Dieses beeindruckende Bild stammt von unserem Leser Dieter Ulm. Er schreibt dazu: „Es zeigt die Raupe vom Schwalbenschwanz-Schmetterling. Was früher einmal sehr häufig zu sehen war, ist heute schon fast als sensationell zu bezeichnen. Die Aufnahme entstand in der Feldgemarkung zu Naunheim.“ Haben auch Sie ein schönes aktuelles Bild mit einem

reizvollen Motiv aus unserer heimischen Region, das Sie unseren Lesern gerne einmal präsentieren möchten? Dann hängen Sie es als JPG-Datei in Originalgröße in den Anhang einer E-Mail und senden diese an leserservice@vrm.de. Bitte schreiben Sie dazu Ihren Vor- und Zunamen sowie Ihren Wohnort und wann und wo es entstanden ist. Foto: Dieter Ulm

### Streetworker am Bahnhof

#### „Rambo“, „Batman“ oder „Terminator“

Ich finde es toll, dass die Stadt Wetzlar jetzt die nächsten vier Jahre jeden Tag zwei Streetworker für drei Stunden am Bahnhof Wetzlar einsetzt, um den Bahnhofsbereich sicherer zu machen. Auch die Kosten – eine halbe Million dafür – sind spottbillig! Frage ist nur, was passiert mit der Restfläche, die restlichen 99,9 Prozent Wetzlar um den Wetzlarer

Bahnhof und was mit den anderen 21 Tagesstunden? Ist da der Bahnhof geschlossen? Für die halbe Million wäre sicher auch „Rambo“ oder der „Terminator“ aus der Rente gekommen, oder „Batman und Robin“ müssen Wetzlar City beschützen, und das Rathaus ruft sie an, wenn das „Batmobil“ gebraucht wird. Sinnvoller wäre es, eine feste Polizeiwache mit Zwei-Mann-Besetzung mit „Starsky & Hutch“ dauerhaft am Bahnhof zu etablieren, weil es kann nur schlechter werden!

Stefan Ubl, Wetzlar

### Renten in Deutschland

#### Geschwurbel der Politiker

Die Antwort der Bundesregierung an Sahra Wagenknecht ist nichts Neues und wiederum nur eine Sprechblase. Eine längere Auslassung darüber, dass kleine Renten in den ostdeutschen Bundesländern sogar höher sind als im Westen. Keine Erklärung zu der Tatsache, dass die Durchschnittsrente – 1604 Euro – auch nur mit einem 45-jährigen Durchschnittslohn

(derzeit bei circa 4323 Euro brutto) erreicht werden kann.

Wie sollen die derzeit vielen Teilzeit- und Niedriglohnbeschäftigten in ihrem Berufsleben je diesen Durchschnittslohn erreichen, um nicht in der Rente von staatlichen Zuschüssen leben zu müssen? Immer wieder das Geschwurbel der Politiker über ein höheres Renteneintrittsalter und längere Lebensarbeitszeit. Dass dies wieder nur eine verkappte Rentenkürzung bedeutet, wird nicht erwähnt.

Da ständig Wahlkampf herrscht, hütet man sich, das

Wort Beitragserhöhung in den Mund zu nehmen. Die immer wiederkehrende Floskel „Große Rentenreform“ wird nie kommen, weil diejenigen, die diese zu beschließen und umzusetzen hätten, sich dabei ins eigene Fleisch schneiden müssten. Mir fehlen in allen deutschen Medien Berichte darüber, dass zum Beispiel Beamte und Gutverdiener auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollten (siehe Österreich).

Versicherungsfremde Leistungen werden nie veröffentlicht, sondern nur großspurig verkündet, wie viel Ausgleichszahlung-

gen dafür der Bund jährlich in die Gesetzliche Rentenversicherung zahlt. Die Bilanz seit 1957 rechnet sich inzwischen (inklusive 2023) auf circa 1,023 Billionen Euro zuungunsten der Rentenversicherung!

Berechnung und Berechtigung dieser „versicherungsfremden Leistungen“ sind für alle Abgeordneten ein Buch mit sieben Siegeln. Setze ich anstatt „Große Rentenreform“ „Große Gesundheitsreform“ komme ich im Grunde zu derselben Aussage.

Herbert Ohly, Hüttenberg

### LESERBRIEFE

► Hier können Sie Ihre Meinung sagen. Egal, ob sich der Meinungsbeitrag mit der „großen“ politischen Bühne beschäftigt oder Entscheidungen aus dem Rathaus thematisiert, wirtschaftliche Entwicklungen in den Blick nimmt oder zu sozialen sowie kulturellen Themen Stellung bezieht. Dann gibt es nur ein paar einfache Regeln zu beachten:

► Ihr Leserbrief soll die Länge von 20 Zeilen zu je 90 Anschlägen (rund 1800 Zeichen) nicht überschreiten.

► Nicht abgedruckt werden Leserbriefe mit volksverhetzenden, rassistischen und anderen rechtswidrigen Inhalten.

► Nicht abgedruckt werden außerdem Leserbriefe, die anonym eingesandt worden sind.

► Wenn Sie uns einen Leserbrief schreiben, geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse mit Wohnort, Postleitzahl, Straße und Telefonnummer an.

► Die Redaktion behält sich Sinn wählende Änderungen vor. Ein Recht auf Abdruck eines Leserbriefes gibt es nicht.

► Bitte nutzen Sie für Leserbrief das unter [www.mittelhessen.de/service/kontakt](http://www.mittelhessen.de/service/kontakt) (Untermenü: „Kontakt zur Redaktion“) oder [www.mittelhessen.de/leserbrief](http://www.mittelhessen.de/leserbrief) bereitgestellte Formular. Dort finden Sie auch Hinweise zum Datenschutz und Urheberrecht, denen Sie zustimmen müssen.